

Zumeldung zur PM 195/2005 des Wissenschaftsministeriums:

DGB kritisiert Frankenberg's Studiengebührenmodell als „unsozial und bildungspolitisch verfehlt“

Als „unsozial und bildungspolitisch verfehlt“ kritisierte die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Leni Breymaier das heute von Wissenschaftsminister Dr. Peter Frankenberg vorgestellte baden-württembergische Studiengebührenmodell. Es werde dazu führen, dass Bildung noch stärker als bisher vom Geldbeutel der Eltern abhängig werde. Studiengebühren seien nicht „sozialverträglich“, auch wenn der Wissenschaftsminister dies noch so oft behaupte. Es sei skandalös, dass das Land erst die Mittel für die Hochschulen gekürzt habe und jetzt über die Studierenden wieder eintreiben wolle. „Bildung ist eine öffentliche Aufgabe, deren Kosten nicht auf Eltern und Studierende abgewälzt werden darf!“ sagte Breymaier. Der DGB fordert, dass das Erststudium gebührenfrei bleiben muss.

Der DGB hat in einer ausführlichen Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeshochschulgebührengesetzes seine Position verdeutlicht. Sie steht im Internet im Anhang zu dieser Pressemitteilung (www.dgb-bw.de).

DGB-Pressestelle
Jürgen Klose



Herausgeber:

DGB-Bezirk
Baden-Württemberg

Verantwortlich:

Rainer Bliesener,
Vorsitzender

Pressestelle:

Jürgen Klose,
Pressesprecher

fon: 0711-2028-213/-299

fax: 0711-2028-250

E-Mail: info-bw@dgb.de

Internet: www.dgb-bw.de